

GREENPEACE



Medienmitteilung vom 4. Februar 2016

Petition «Glyphosat verbieten - jetzt!» in Bern eingereicht

25'340 Menschen fordern mit Greenpeace, den Ärztinnen und Ärzten für Umweltschutz (AefU) sowie der Stiftung für Konsumentenschutz (SKS) ein Verbot des gefährlichen Pestizids Glyphosat in der Schweiz. Die drei Organisationen haben heute bei den Parlamentsdiensten in Bern eine entsprechende Petition eingereicht.

Glyphosat ist das meistverkaufte Unkrautvernichtungsmittel der Schweiz. Jährlich werden 300 Tonnen davon versprüht; auf Äckern und Grünflächen, in Obstplantagen, auf Bahndämmen und in Privatgärten. Obwohl das Totalherbizid laut der internationalen Agentur für Krebsforschung der Weltgesundheitsorganisation (IARC) «wahrscheinlich krebserregend» ist, hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) im November die weitere Zulassung von Glyphosat empfohlen.

Kniefall vor der Pestizidindustrie

Der Kniefall der EFSA vor der Pestizidindustrie ist unverständlich. Ihre Unabhängigkeit steht in Zweifel. Ein grosser Teil des EFSA-Berichtes scheint aus unveröffentlichten Studien der Hersteller selber kopiert worden zu sein. Dr. med. Peter Kälin, Präsident AefU, Leukerbad, sagt: «Der Disput zwischen der EFSA und der WHO zeigt es: Auch die Toxikologie ist keine exakte Wissenschaft. Die AefU wollen das Resultat dieser Auseinandersetzung nicht abwarten: Besteht der Verdacht auf ein Krebsrisiko, dann hat das Vorsorgeprinzip zu gelten und Glyphosat muss verboten werden.»

Missbildungen bei Ferkeln

Unabhängige wissenschaftliche Untersuchungen machen deutlich, dass glyphosathaltige Produkte gefährlich sind. Untersuchungen der Universität Leipzig bringen das Totalherbizid beispielsweise mit schweren Erkrankungen beim Menschen und bei Tieren¹ in Verbindung, unter anderem mit Missbildungen bei Ferkeln². Josianne Walpen von der Stiftung für Konsumentenschutz macht klar: «Rückstände des wahrscheinlich krebserregenden Glyphosates auf Lebens- und Futtermitteln, aber auch im Urin von Menschen und Tieren können nicht toleriert werden. Zum Schutze der KonsumentInnen muss hier ein Umdenken stattfinden.»

In den nächsten Monaten werden die Behörden der Schweiz wie auch der EU über die weitere

¹ <http://www.ichnfm.org/library/GMOglyphosate-residues-in-animals-and-humans.pdf>

² Interview mit Prof. Monika Krüger vgl. <http://www.aefu.ch/aktuell/#c28538>

Hinweis: Die Kalifornische EPA will Glyphosat auf die Liste für Krebs fördernden Substanzen setzen. Monsanto geht dagegen vor. Siehe: <https://www.facebook.com/aefu.ch/> u. <http://clinicalnews.org/2016/01/25/monsanto-sues-california-over-roundup/>

GREENPEACE

ÄRZTINNEN
UND ÄRZTE FÜR
UMWELTSCHUTZ
MEDECINS EN FAVEUR DE
L'ENVIRONNEMENT
MEDICI PER
L'AMBIENTE



**KONSUMENTEN
SCHUTZ**

Zulassung von Glyphosat entscheiden. «Weitere Bewilligungen auf Basis von unvollständigen Hersteller-Angaben sind ein unverantwortliches Experiment an Umwelt, Mensch und Tier. Es ist Zeit zu handeln», sagt Philippe Schenkel, Umweltwissenschaftler und Leiter der Landwirtschaftskampagne bei Greenpeace Schweiz.

Glyphosat verbieten – jetzt!

Die drei Organisationen fordern vom Bundesrat und vom Eidgenössischen Parlament, dass der Glyphosat-Verkauf und Einsatz in Privatgärten, in der Landwirtschaft und von Bundesbetrieben verboten wird. Zudem muss die Exposition und Wirkung von Glyphosat und anderen Pestiziden auf Menschen und Umwelt regelmässig überprüft und publiziert werden. Im Sinne des Vorsorgeprinzips braucht es ausserdem konkrete Reduktionsmassnahmen für alle Pestizide. Nicht die Intensiv-Landwirtschaft der Agrokonzerne, sondern ökologische, chemiefreie Anbaumethoden, die Menschen und Tiere schützen, müssen gefördert und weiterentwickelt werden.

Fotos der Übergabe mit Banner und «Glyphosatfass» finden Sie auf www.aefu.ch.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.aefu.ch, www.greenpeace.ch oder bei www.konsumentenschutz.ch:

Kontakt:

Dr. med. Peter Kälin, Präsident Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz +41 79 636 51 15

Philippe Schenkel, Greenpeace Schweiz +41 78 790 52 84

Josianne Walpen, Stiftung für Konsumentenschutz, +41 79 731 41 24